

Danziger Zeitung.

№ 16919.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherbagergasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. Inzerate kosten für die Rubrik-gesparte gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Vom Kronprinzen.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht in einer besonderen Sonntagsausgabe folgende Bulletins:

San Remo, 11. Febr., 11 Uhr 30 Min. Abends.
Das gute Befinden Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen hat auch im Laufe des heutigen Tages angedauert.

Machenzie. Schrader. Arause. Bramann. Hovell.
San Remo, 12. Februar, 11 Uhr Vorm.

Der Wundverlauf bei Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Kronprinzen ist durchaus befriedigend. Das gute Befinden von gestern hat sich nicht verändert. Die Nacht war gut. Fieber und Schmerzen sind nicht vorhanden.

Machenzie. Schrader. Arause. Hovell. v. Bergmann Bramann.

Der „Nat.-Ztg.“ wird vom Sonntag berichtet: Der Wundverlauf bei heute den vierten Tag nach der Operation ist ein durchaus normaler, kein Fieber ist aufgetreten, der Schlaf ist gut. Der Kronprinz hat die Nacht zum Sonntag von 12 Uhr Mitternachts bis früh 6 Uhr ohne Unterbrechung geschlafen. Der Appetit beginnt sich zu regen.

Graf Radowitzki und Professor v. Bergmann wurden gestern Abend sofort in der Villa Sirio empfangen. Herr v. Bergmann findet das Aussehen der Wunde sehr günstig. Derselbe bleibt bis auf weiteres hier und theilt sich in die Wartung am Krankenbette.

Als freudigste Nachricht ist mitzutheilen, daß der Kronprinz sich heute so wohl befindet, daß derselbe im Laufe des Nachmittags für einige Stunden das Bett verlassen wird.

Ueber das Aussehen des Krankheitsprozesses ist kein Urtheil zu fällen, da eine Besichtigung zur Zeit nicht möglich ist.

Die vielfach verbreiteten Gerüchte, daß Herr v. Bergmann zum Vornahme einer neuen Operation nach San Remo gekommen sei, entbehren der Begründung.

Unser Berliner Correspondent schreibt von gestern: Am Hofe sind befriedigende Nachrichten über den Zustand des Kronprinzen eingelaufen. Das Befinden des hohen Kranken ist so gut, wie es irgend gewünscht werden kann. In der kaiserl. Familie herrscht eine tiefere, indessen hoffnungsvolle Stimmung. Eine Abend-Unterhaltung, welche bei den Majestäten am Fastnachtsdienstag stattfinden sollte, ist zunächst auf Donnerstag verschoben worden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Februar.

Eine Geschäftsordnungsfrage im Abgeordnetenhaus.

Wie vorausgesehen war, haben die Regierungsparteien im Abgeordnetenhaus den Antrag der Freisinnigen auf Einführung der geheimen Abstimmung zum Abgeordnetenhaus in derselben Weise bejätigt, wie das im Reichstage mit dem Antrag Rickert betreffend die Einführung von Diktanden geschehen ist. Sie haben durch Mehrheitsbeschluß erklärt, daß der Antrag gelegentlich der Beratung über die Verlängerung der Legislaturperiode nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sei. Die Debatte über diese Frage der Geschäftsordnung dauerte zwei Stunden. Die Abstimmung war eine namentliche. Man wäre versucht auszurufen: „Biel Geschrei und wenig Wille.“ Denn daß die Conservativen und ihre Gesinnungsgenossen, die Nationalliberalen, für die Einführung der geheimen Abstimmung in Preußen nicht stimmen würden, das konnte, nachdem schon vor zwei Jahren ihre Staatsrechtslehrer nachgewiesen haben, daß die geheime Abstimmung das größte aller Uebel sei, und nachdem Minister v. Puttkamer preussische Anträge auf Befestigung der geheimen Abstimmung bei den Reichstagswahlen in Aussicht gestellt hat, keinem Zweifel mehr unterliegen. Das sachliche Ergebnis wäre demnach ganz dasselbe gewesen, wenn der freisinnige Antrag hätte zur Discussion gestellt werden können. Aber man wollte mit Rücksicht auf die Wahlen vermeiden, sich ausdrücklich gegen geheime Abstimmung auszusprechen, während ein von Jahr zu Jahr wachsender Theil der Wähler über die moralische Prellerei, unter der die Wahlen stattfinden, leidet. Die Mehrheit will sich die Ausrufe offen halten, sie sei nicht gegen die geheime Abstimmung als solche eingestellt, sie habe nur aus Rücksichten der Geschäftsordnung die Vereinfachung dieser, mit der Dauer der Wahlperiode natürlich zusammenhängenden Frage verhandeln müssen.

In gewissem Sinne ist das richtig. Ein Gesetz, welches durch Verkürzung der Wahlperiode die Rechte der Wähler beschränken soll, kann nicht gleichzeitig eine Sicherung der Rechte der Wähler durch Einführung der geheimen Abstimmung enthalten. Das ist so klar, daß die beredtesten Auseinandersetzungen über den Wortlaut und den Geist der Geschäftsordnung vergeblich sind. Die Mehrheit hat durch die Befestigung des Antrages auf geheime Abstimmung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus offen eingestanden, daß sie nicht den Muth hat, öffentlich gegen die geheime Abstimmung aufzutreten, weil sie fürchtet, daß die Wähler, wenn sie nicht mehr durch den Landrath, den Arbeitgeber u. s. w. überwacht werden, ihre Stimmen für die Candidaten der freisinnigen Partei abgeben würden. Hat doch der national-liberale Abg. Tramm mit wahrhaft überraschender Offenheit am Sonnabend eingestanden, der Antrag betreffend die Verlängerung der Legislaturperiode sei zwischen den Cartelparteien vereinbart worden, um der freisinnigen Partei den Vorschlag zu machen.

Herr Tramm sagte ferner deutlich heraus, wir hätten noch mehr segensreiche Anträge zu erwarten, die auf der gemeinschaftlichen Ueberzeugung der Conservativen und Nationalliberalen beruhten,

eine Offenheit, die seinen Fraktionsgenossen sichtlich unangenehm war, denn sie riefen ihn mehrfach zu, er möge schließen. Herr Tramm erntete reichen Beifall — von den Conservativen, und er hatte ihn redlich verdient.

Allgemein ist es aufgefallen, daß, wie schon telegraphisch berichtet ist, die Abgg. Kobrecht, Weber, Schläger und andere zwar in der Sitzung anwesend waren, aber bei der Abstimmung fehlten. Es ist bekannt, daß der Antrag Benda großen Schwierigkeiten in der eigenen Partei begegnete und von hervorragenden Mitgliedern bekämpft worden ist. Wenn das in der freisinnigen Partei passiert wäre, was hätte man daraus gemacht!

Der Antrag auf Aufhebung des Identitätsnachweises

wird, wie man uns aus Berlin schreibt, voraussichtlich in der bevorstehenden Woche zur Verhandlung kommen und dann einer Commission überwiesen werden. So wie er vorliegt, wird er schwerlich im Plenum Annahme finden. Einzelne Änderungen werden auch von denjenigen für nothwendig erachtet, welche für den Grundgedanken — die Aufhebung des Identitätsnachweises — eintreten. Es ist schon wiederholt hervorgehoben, daß in allen Parteien die Meinungen in dieser Frage auseinandergehen und es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn eine Danziger Correspondenz der „Nat.-Ztg.“ aus Danzig mit Nachdruck hervorhebt, daß „die freisinnige Presse“ sich dagegen wendet, während es bekannt ist, daß ein Theil der freisinnigen Presse für Aufhebung des Identitätsnachweises eintritt. In der conservativen Partei giebt es entschiedenere Gegner gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises, wie in der freisinnigen Partei, und zwar unter den hervorragenden und führenden Mitgliedern. „Arenzig.“ und „Reichsbote“ kämpfen ebenfalls seit Monaten dagegen. Das Centrum ist in seiner großen Majorität gegen den Antrag. Bei der letzten Geschäftsordnungsdebatte hat der Abg. Windthorst gegen den Abgg. Graf Stolberg und Rickert sich sogar dagegen erklärt, daß der Antrag schon in der bevorstehenden Woche zur Verhandlung käme. In der national-liberalen Partei sind ebenfalls entschiedene Gegner. Wunderbar ist es, daß die Gründe ganz entgegengesetzter Art sind. Die Süddeutschen und Mitteldeutschen fürchten, daß durch die Maßregel das Getreide noch billiger werden könne, einige norddeutsche Preßorgane befürchten das Gegentheil. Leider ist die Frage noch wenig geklärt. Die preuss. Regierung verhält sich vorläufig ganz passiv; viel Sympathien hat sie für den Antrag nicht. Der bairische Finanzminister hat sich in der bairischen Abgeordnetenkammer dagegen erklärt. Bis jetzt läßt sich über das Schicksal des Antrages wenig sagen.

Ein Ständchen im Abgeordnetenhaus.

Wer über die Gesinnungen des conservativen Theils der Cartellmehrheit ins Klare kommen will, der muß sich trotz allen Widerwillens der Aufgabe unterziehen, das Gebahren der conservativen Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu beobachten, wenn, wie in der Sitzung vom vergangenen Sonntag, ein Redner der Linken das Treiben des Herrn Hofprediger Stöcker, dieses Apfels der Milde und Duldung, beleuchtet. Herr Rickert appellirte gegenüber den am Donnerstag vorgetragenen Declamationen des Abg. Stöcker im Reichstage an die Art und Weise, wie dieser Apfels der christlichen Demuth — die Judenhege und die Hege gegen den Liberalismus betriebe. Herr Rickert verlas einige hervorragende jüdenhegerische Sätze aus dem Manifest der Dresdener Antisemiten von 1882, in dem das Judenthum als eine Gefahr für den christlichen Staat, als revolutionär verhängt wird; er verlas Stöcker'sche und andere Wahlflugblätter, in denen die freisinnige Partei der Bedrückung und Auslieferung angeklagt und als im Dienste des englischen Cobden-Clubs stehend verleumdet wird. Hr. Rickert bezeichnete diese Methode der Bekämpfung eines politischen Gegners als „gemein“. Auf der linken Seite des Hauses herrschte tiefes Schweigen. Auf den conservativen Bänken aber wurde jedes dieser geflügelten Worte des Herrn Hofpredigers mit den überlauten Rundgebungen des Beifall begleitet, wie solche in den Kreisen des Junkerthums üblich sind. Es fehlte im Grunde nur noch die Reipetische. Angesichts solchen Gebahrens versteht man erst, was die Herren Rauchhaupt und Grimm sagen wollten, als sie gelegentlich ihres Erhebungsuges nach Hannover ausrufen, man werde der Welt zeigen, was die Conservativen leisten könnten, wenn sie, die Provinz Hannover eroberten, die Majorität erlangten. Angesichts solcher Excesse des Selbstgefühls und der Parteiverheerung war es begreiflich, daß ein nationalliberaler Abgeordneter den Abgeordneten Rickert in der heftigsten Weise angriff, weil durch die Rede desselben Herr Stöcker zu einer Entgegnung herausgefordert würde, die die Nationalliberalen nichts weniger als bequem sei. Die Antwort Stöckers wird wohl bei der dritten Lesung erfolgen.

Schiffsvermessungsordnung.

Dem Bundesrath ist der Entwurf einer Schiffsvermessungs-Ordnung zugegangen. Derselbe umfaßt 38 Paragraphen und zerfällt in 9 Abschnitte, und zwar: allgemeine Bestimmungen; vollständiges Vermessungsverfahren; Abzüge vom Brutto-Raumgehalt; abgekürztes Vermessungsverfahren; Vermessung offener Fahrzeuge; Vermessungsbehörden und Ausfertigung der Meßbriefe; Verpflichtungen der Erbauer, der Rheeder und des Führers eines Schiffes in Bezug auf die Vermessung und Schlußbestimmungen. In den letztgedachten heißt es:

„§ 37. Die zur Ausfertigung dieser Vermessungs-

ordnung erforderlichen Bestimmungen erläßt der Reichskanzler nach Anhörung der Bundesrathsausschüsse für das Gewerben und für Handel und Verkehr. — § 38. Die Vermessungen in §§ 23–24 treten am 1. April 1888, die übrigen Vorschriften am 1. Oktober 1888 in Kraft. — Die Schiffsvermessungsordnung vom 5. Juli 1872 tritt hinsichtlich der Vorschriften in § 19, Absatz 2, § 20, 21 am 1. April 1888, im übrigen am 1. Oktober 1888 außer Kraft.“ — Der Begründung entnehmen wir Folgendes: „Seit Einführung der Schiffsvermessungsordnung vom 5. Juli 1872 — welche, soweit das eigentliche Vermessungsverfahren in Betracht kommt, der in Großbritannien durch den Merchant Shipping Act 1854 eingeführten Vermessungsordnung entspricht — ist eine tiefgreifende Umwälzung auf dem Gebiete des Schiffbaues und Schiffahrtsbetriebes vor sich gegangen. — Das früher ganz überwiegend als Baumaterial zur Verwendung gelangte Holz wird immer mehr durch Eisen oder Stahl verdrängt. Die Dampfschiffe nehmen von Jahr zu Jahr an Zahl und Größe zu, während die Zahl der Segelschiffe zurückgeht. Die innere Einrichtung der Schiffe ist vielfach eine vollkommen andere geworden. — Wenn gleich eine Aenderung des der Schiffsvermessungsordnung zu Grunde liegenden Principes durch diese Umwandlungen nicht bedingt wird, das daselbst auf Schiffe jeder Bauart und Einrichtung anwendbar ist, so hat sich doch das Bedürfnis geltend gemacht: 1. die das eigentliche Vermessungsverfahren regelnden Bestimmungen den veränderten Verhältnissen des Schiffbaues anzupassen; 2. die bezüglich der Ermittlung des Netto-Raumgehalts gegebenen Vorschriften derart abzuändern, daß einerseits eine ungleichmäßig Behandlung der verschiedenen Schiffarten unter einander und andererseits eine Benachtheiligung der deutschen Schiffe gegenüber denjenigen fremder Nationen thöricht vermieden wird; 3. die Schiffsvermessungsbehörden derart zu organisiren, daß eine sachgemäße und gleichmäßige Handhabung des Vermessungswesens sichergestellt wird. — In dem vorliegenden Entwurf ist unter Wahrung des dem bisherigen Vermessungsverfahren zu Grunde liegenden Principes der Versuch gemacht, den hervorgetretenen Mängeln abzuhelfen.“

Ferner heißt es bezüglich der Vermessungsbehörden:

„Die Vermessung geschieht durch die von den Landesregierungen bestellten Vermessungsbehörden. Jeder solchen Behörde ist ein Schiffbautechniker als Mitglied zuzubereiten. — Die Aufsicht über das Schiffsvermessungswesen, einschließlich der Revision der Schiffsvermessungen, wird durch das Schiffsvermessungsamt ausgeübt. Daselbst hat seinen Sitz in Berlin. Es ist dem Reichskanzler unterstellt. — Das Schiffsvermessungsamt ist befugt, die Vermessungsbehörden hinsichtlich der Handhabung der Vermessungsordnung mit technischen Anweisungen zu versehen; von den Aufzeichnungen und Berechnungen der Vermessungsbehörden Einsicht zu nehmen und die Abstellung der dabei vorgefundenen Mängel herbeizuführen; für solche Schiffe, auf deren Constructionsart einzelne Vorschriften der gegenwärtigen Vermessungsordnung nicht vorwendbar sind, zu bestimmen, in welcher Weise die Vermessung geschehen soll, sowie die Vermessungsbehörden zur Ausführung von Neuvermessungen und Nachmessungen auf Grund der §§ 16 und 35 anzuweisen. — Die Mitglieder des Schiffsvermessungsamts können der Aufnahme der Vermessungen beizuwohnen. Sämmtliche Vermessungsprotokolle sind von den Vermessungsbehörden dem Schiffsvermessungsamt einzureichen.“

Englisch-deutscher Telegraphen-Vertrag.

Am 1. Januar 1889 läuft der Vertrag zwischen der englischen Regierung und der englischen „Submarine Telegraph-Company“ ab. In der Budgetcommission hat Staatssecretär v. Stephen kürzlich mitgeteilt, es bestehe die Absicht, in ein unmittelbares Vertragsverhältnis mit der englischen Regierung zu treten. Bejüngliche Verhandlungen seien in der Schweben. Als Ziel bezeichnete er die Ermäßigung des Tarifs und die Einrichtung einer unterirdischen Linie zwischen der englischen Küste und London, thöricht auch die Einrichtung direkter Verbindungen zwischen der Küste und dem „Sinter“-lande (Liverpool, Manchester, Glasgow u. s. w.). Man hoffe, anstatt des jetzigen hohen Tarifs von 40 Pf. Grundtage und 20 Pf. Worttage auf einen der Principien des allgemeinen internationalen Telegraphen-Vertrages entsprechenden reinen Worttarif von 20 Centimen (ca. 16 Pfennige) zu gelangen. Es komme hierbei in Betracht, daß mit Großbritannien nicht bloß der Handelsverkehr, sondern auch ausgedehnte Familienbeziehungen bestehen, und es werde die beabsichtigte Ermäßigung des Tarifs ganz unmeßhaft eine erhebliche Steigerung des Verkehrs zur Folge haben.

Die Mittelmeer-Interessenten.

Von besonderem Interesse gerade mit Rücksicht auf die zunächst in Betracht kommende bulgarische Frage sind die Abmachungen zwischen den Mächten, insbesondere zwischen Oesterreich und Italien bezüglich des Mittelmeeres und des Balkans. Seit der Rede des Reichskanzlers im Reichstage wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob etwas und was zwischen den Mächten vereinbart ist für den Fall eines gewaltsamen Verjuchens Rußlands, seinen Einfluß auf Bulgarien wiederherzustellen. Fürst Bismarck hat bekanntlich erklärt, er wisse nicht, ob sich an einen solchen Versuch Rußlands Schwierigkeiten knüpfen würden; „das geht uns auch nichts an“. Die Frage ist jetzt natürlich, ob etwa bezüglich einer solchen Eventualität zwischen Oesterreich und Italien etwas verabredet sei. Nach den Mittheilungen der „N. fr. Pr.“ ist auch das nicht der Fall. Oesterreich hat sich Italien gegenüber verpflichtet, auf der Balkanhalbinsel nichts zu unternehmen, ohne sich vorher mit Italien ins Einvernehmen zu setzen. Daraus scheint hervorzugehen, daß auch mit Italien eine Vereinbarung der bezeichneter Art besteht; was selbstverständlich nicht ausschließt, daß ein gewaltthätiges Vorgehen Rußlands gegen Bulgarien auf Widerstand seitens Oesterreichs stößt.

Für einen solchen Fall ist die Erklärung Lord Salisbury im englischen Oberhause von Interesse, welcher im ausgesprochenen Gegensatz zu dem Reichskanzler hervorhebt, daß England Interessen im Südosten habe und daß es entschlossen sei,

dieselben zu verteidigen. Diese Interessen aber würden in Frage gestellt durch das, was Lord Salisbury eine abenteuerliche oder ungeheuerliche Action Rußlands nennt; eine solche stehe aber nach den ausdrücklichen und bestimmtesten Versicherungen des Kaisers von Rußland nicht in Frage. Gleichwohl ist aus Mittheilungen englischer Zeitungen bekannt, daß zwischen England einerseits und Deutschland, Italien, Belgien, Oesterreich andererseits gewisse Abreden stattgefunden haben, welche sich auf die Sicherung der Küsten gegen russische bzw. französische Angriffe beziehen. In der Zeitungsansicht des englischen Unterhauses aber hat der Unterstaatssecretär Ferguson auf Anfrage erklärt, die Regierung habe keinerlei, England zu einer materiellen Action verpflichtende Abmachung getroffen, die dem Parlament nicht bekannt sei. In der That würde die Regierung ohne Zustimmung des Parlaments dazu nicht im Stande sein. Die Lösung dieses Räthels liegt darin, daß allerdings die englische Regierung bindende Verpflichtungen zur Zeit nicht eingegangen ist, daß sie aber, immer die Zustimmung des Parlamentes vorbehalten, Zusagen für gewisse Eventualitäten gegeben hat. Welcher Art diese sind, darüber fehlt es in den bisherigen Enthüllungen an jeder Andeutung.

Die Beunruhigung Bulgariens.

Die in Sofia einlaufenden Berichte lassen keinen Zweifel zu, daß ungeachtet der eifrigen Fürsorge der Pforte, deren correcter Haltung man in bulgarischen Regierungskreisen volle Anerkennung widerfahren läßt, die Umtriebe zur Bildung von Freischaaern zur Beunruhigung Bulgariens von türkischen Gebieten aus immer noch fortdauern. Es wird aber gleichzeitig berichtet, daß die in bulgarischen Kreisen durch diesen Umstand hervorgerufenen Besorgnisse lange nicht so lebhaft sind, als Fernstehende vielleicht annehmen mögen, da die von der Regierung zur Ueberwachung der Grenze ständig verfügbaren und derzeit verstärkten Maßregeln vollständig ausreichen, zumal der bei allen bisherigen Putschversuchen zu Tage getretene Widerwille der Bevölkerung gegen von Außen einzuschleppende Unruhen sich in letzter Zeit, namentlich in Folge der jüngsten Reisen des Prinzen Ferdinand in Ostrumelien, nur noch intensiver gesteigert hat.

Eine russische Rundgebung.

Der unter russischem Einflusse stehende „Nord“ in Brüssel sagt, die Reichstagsrede des Fürsten Bismarck bilde einen friedlichen Commentar der Veröffentlichung des österreichisch-deutschen Bündnisvertrages. Die wesentlichen Erklärungen in der Rede seien friedliche, der Unglaube, den der deutsche Reichskanzler in Bezug auf einen Angriff seitens Rußlands ausgedrückt, und das absolute Vertrauen, das er zu den friedlichen Versicherungen des Kaisers Alexander ausgesprochen habe, seien Beweise dafür, welche genaue Kenntniss und Beurtheilung der Lage dem deutschen Reichskanzler eigen sei.

Reichstag.

34. Sitzung vom 11. Februar.

Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Haarmann (S. Arnberg) beantragt die Wahlprüfungs-Commission für gültig zu erklären, jedoch den Einwand der eingelaufenen Proteste, welcher sich auf das Verbot einer Arbeiterwahlversammlung bezieht, der preussischen Regierung mitzutheilen.

Abg. Träger (Freis.): Bei dieser Wahl haben die Beeinflussungen der Arbeiter durch die nationalliberalen Grubenbesitzer eine große Rolle gespielt, wie sich dies überhaupt in allen Kohlenindustriestrichen Rheinlands und Westfalens stets gezeigt hat. Durch gerichtliches Erkenntnis ist festgestellt worden, daß bei der Wahl von 1884 zwei Geister ihre Autorität als Vorgesetzte den Arbeitern gegenüber benutzten haben, um in ungehöriger Weise die Wähler einzuschüchtern. Auch bei dieser Wahl ist die Abstimmung der Wähler controlirt worden; im Wahllokal wurden gegnerische Wahlzettel den Wählern fortgenommen und zerissen. Die erwählten beiden Geister haben in einem Prozesse eine objective Unwahrheit behauptet. Die Begriffsverwirrung der Leute ging so weit, daß sie sich zu einer Beeinflussung der ihnen untergebenen Arbeiter für vollkommen berechtigt hielten. Zur Controle der Abstimmung hat die nationalliberale Partei in dreieckiger Form eigenthümlich gefaltete Wahlzettel benutzt, wahrscheinlich als Symbol des Cartells der drei Parteien. (Heiterkeit.) Besonders rührig sind die Eisenbahnbeamten in Wahlbeeinflussungen gewesen, und zwar dieselben Beamten, die vor der Verfallung anders gestimmt haben als jetzt.

Abg. Kintelen (Centr.): Wenn die Arbeiter in ihrem freien Wahlrecht nicht geschützt werden, müssen sie der Anarchie verfallen. Zur Durchbringung eines Antrages auf Befreiung der Wahlbeeinflussungen seitens der Arbeitgeber ist bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags leider keine Aussicht.

Abg. v. Seelhorst (cons.): Nach meinen Erfahrungen sind Wahlbeeinflussungen der Arbeiter nur seitens fortschrittlicher Arbeiterparteien vorgekommen.

Abg. Aletine (nat.-lib.): Die christliche Arbeiterpartei, die Protest gegen diese Wahl eingelegt hat, ist eine rein ultramontane Vereinigung. Die Großindustriellen der Kohlenbezirke, die in politischer und wirtschaftlicher Beziehung fest zum Reiche stehen, halten sich zur Abwehr der ultramontanen Agitation für verpflichtet. Ein katholischer Geister hätte sich der nationalliberalen Partei zum Zettelvertheiler angeboten, dann aber nicht die nationalliberalen, sondern die Centri des Gegen-candidates Fusangel vertheilt. Unter solchen Umständen waren wir gezwungen, unsere Zettel äußerlich kenntlich zu machen. Arbeiterentlassungen in Folge der Abstimmung sind nicht vorgekommen, sondern nur Entlassungen solcher Leute, die sich an der Agitation betheiligten haben.

Abg. Stöckel (Centr.): Es giebt keine Gegen in deutschen Reich, wo eine so ungebührliche Wahlbeeinflussung vorgekommen ist wie in Rheinland und Westfalen. Hunderte von Arbeitern sind entlassen worden mit Abkehrerscheinungen, die einen Vermerk enthielten, in Folge dessen die Arbeiter von den in die Gänge eingeweihten Arbeitgebern keine Arbeit fanden.

Vom Abg. v. Strombeck (Centr.) wird beantragt, die Entscheidung auszufertigen und den Reichshandlung zu erfordern, die im Protest angeführten Thatsachen amtlich feststellen zu lassen.

Abg. Hammacher (nat.-lib.): Der Wahlprotest rührt von dem Redacteur Fasangel her, der bereits mehr als 20 Mal, darunter auch wegen verleumdender Beleidigung bestraft ist. Wenn ich Sie, Herr v. Strombeck, die richtigen Erkenntnis hervorhebt, Wahlbeeinflussungen haben zu Schulden kommen lassen, so verdamme ich das. Daß aber Hunderte von Arbeitern entlassen worden sind, dafür ist uns Herr Stöcker den Beweis schuldig geblieben.

Abg. Träger: Wenn Hr. v. Hellendorf den Beweis bringt, daß ein fortschrittlicher Arbeiter solche Wahlbeeinflussung geübt hat, werde ich das ebenso mißbilligen, wie in diesem Falle.

Abg. Windthorst: Ein katholischer Redacteur, der in der Hitze des Kulturkampfes mehrfach bestraft worden ist, hat in meinen Augen an Ehrenhaftigkeit nicht verloren.

Der Antrag Strombeck wird abgelehnt und die Wahl des Abg. Haarmann für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Richter beantragt die Commission für ungültig zu erklären, weil das von der Regierung zu Arnberg erlassene Verbot des Arbeiter-Wahlcomites erst am 18. Februar 1887 aufgehoben ist.

Abg. v. Mantuffel beantragt namens der Conferenzen, die Wahl für gültig zu erklären. Wir würden Herrn Richter, der unser beste Bundesgenosse ist, sehr ungern entbehren. Trotz der Auflösung des Arbeiter-Wahlcomites sind nicht weniger socialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Wenn man einem Volke die Wohlthaten des allgemeinen, geheimen Wahlrechts giebt (Abg. Singer: Wohlthaten ist gut!), soll man es andererseits nicht für so unmündig halten, daß es sich durch die Auflösung eines Wahlcomites so beeinflussen lasse, daß dadurch das Wahlergebnis ein anderes würde.

Abg. Singer (Soc.): Ich beneide den Abg. Richter um die Vertheidigung seiner Wahl durch den Vorredner nicht, namentlich weil daraus hervorgeht, daß er die Billigkeitserklärung wünscht, trotzdem damit ein Einbruch in die verfassungsmäßigen garantirten Rechte des Volkes gemacht wird.

Vizepräsident Buhl ruft den Redner zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Singer: Im Interesse der Volksrechte bitte ich Sie, dem Antrage der Commission zuzustimmen. Daß der Minister des Innern das Verbot wieder aufgehoben hat zu einer Zeit, wo die Leute nicht mehr in der Lage waren, Agitation zu treiben, kann kein Grund für die Billigkeit sein.

Abg. Teiel (nat.-lib.): Das Verbot des Wahlcomites war nicht gerechtfertigt, und wir bedauern es. Gleichwohl können wir die Wahl deshalb nicht für ungültig erklären. Eine Aenderung des Wahlergebnisses in Folge des Verbotes war ausgeschlossen.

Abg. Windthorst: Ich erkläre mich für die Wahl, ohne die Prinzipienfrage zu erörtern. Es ist nachgewiesen, daß das Verbot des Arbeiterwahlcomites auf das Resultat der Wahl keinen so entscheidenden Einfluß ausgeübt hat, daß wir zur Ungültigkeitserklärung gezwungen sind.

Abg. v. Reinbaben (Reichsp.): Auch wir sind trotz des Verbotes des Arbeiterwahlcomites für die Gültigkeit der Wahl. Der Reichstag hat überhaupt nicht über die Behörden wegen eines solchen Verbots zu Gericht zu sitzen, sondern nur nach dem Einfluß des Verbots auf das Resultat der Wahl zu urtheilen.

Die Wahl Richters wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Socialdemokraten und einiger Centrumsmitglieder für gültig erklärt.

Es folgt die Wahl des Abg. Henneberg (Gotha), bezüglich welcher die Commission Beanstandung und Anfechtung von Erhebungen beantragt.

Abg. Singer beantragt die Wahl für ungültig zu erklären. Der Antrag wird nicht genügend unterstützt und Singer beantragt nun die Vertagung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses. Auch der Antrag auf Vertagung findet nicht die genügende Unterstützung, so daß der Antrag nicht zur Abstimmung gebracht werden und folglich auch eine Ermittlung über die Beschlußfähigkeit des Hauses nicht erfolgen kann.

Abg. Singer (Soc.): Die Beeinflussung der Behörden in Gotha ist notorisch. Ohne dieselbe und das Verbot der socialdemokratischen Wahlversammlung hätten die Unfreien 1000 Stimmen mehr aufgebracht, und Hr. Henneberg wäre nicht gewählt worden.

Abg. Richter: Schon in voriger Session wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Bundesregierungen Mittel ergreifen möchten, um dem absolut gesetzwidrigen Verbot socialdemokratischer Versammlungen, ehe dieselben stattgefunden haben, ein Ende zu machen. In meinem Wahlkreis passirte es mir, daß, nachdem ich gesprochen hatte, eine von den Freisinnigen einberufene Versammlung sofort aufgelöst wurde, als einem Socialdemokraten das Wort erteilt wurde. Ich kann mir nicht denken, daß solche Vorgänge möglich wären, wenn die überwachenden Beamten genau instruiert wären. Es ist dadurch den Polizeibehörden in die Hand gegeben, ob eine Wahl zum Reichstag gültig oder ungültig erklärt wird. Ich möchte deshalb, daß Veranlassung genommen wird, daß die Bundesregierungen die Polizeibehörden genau instruiren.

Staatssecretär v. Büttcher: Es kann natürlich vorkommen, daß eine Polizeibehörde gegen die Instruktionen und gegen die gesetzlichen Vorschriften ein Verbot erläßt. Dann ist in jedem Fall Remede einzutreten, wenn der Instanzweg betreten wurde. Dieser Weg wird auch ferner innewegeln werden.

Abg. Richter: Es handelt sich nicht um einzelne, sondern um zahlreiche Fälle, die Jahr aus, Jahr ein vorkommen. Nach Artikel 7 der Reichsverfassung, Absatz 3, hat der Bundesrath auch zu beschließen über Mängel, welche bei der Ausführung der Reichsgesetze hervortreten. Diese Mängel sind hervorgerufen, und ich glaube, daß es wesentlich ist, daß die Herren die Sache vor ihr Forum ziehen und der Reichshandlung über die einzelnen Bundesregierungen Instruktionen erteilen. Eventuell behalten wir uns die Einbringung einer Resolution vor.

Hierauf vertagt sich das Haus bis Montag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 11. Februar.

Zweite Berathung des Antrags v. Benda u. Gen. (Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre.)

Hierzu liegt ein freisinniger Antrag Berling und Genossen auf Einführung der geheimen Wahl vor.

Präsident v. Küller: Nach der Geschäftsordnung müssen Anträge mit der Hauptfrage im wesentlichen in Verbindung stehen. Er könne persönlich eine solche wesentliche Verbindung nicht anerkennen, wenn auch vielleicht manche Mitglieder des Hauses eine solche Verbindung annehmen. Er wolle in dieser zweifelhaften Frage die Entscheidung des Hauses herbeiführen.

Abg. Richter: Ich danke dem Präsidenten, daß er in dieser Frage die Entscheidung des Hauses einholt. Würde die Sache dem Sinn und Wortlaut der Geschäftsordnung nach zweifellos, so würde er, wie er richtig hervorhob, allein aus eigener Macht entscheiden. Er giebt aber zu, daß die Sache als zweifelhaft angesehen werden kann. Darin liegt die Rechtfertigung unseres Antrages. Das eine bedenken des Präsidenten läßt sich leicht dadurch beseitigen, daß mit unserer Zustimmung der Gesetzentwurf, welcher die Ausführungsbestimmung enthält, von dem Antrag auf Einführung des geheimen Wahlrechts getrennt wird. In Bezug auf diese Verfassungsänderung glaube ich, wird es eine Menge Leute geben, welche die geheime Abstimmung für eine unverfälschte Wahl für nöthig halten. Je länger Sie die Wahlperiode machen, um so unabhängiger muß die Wahl selber sein, und das will eben unser Antrag. Da ist es doch sonnenklar, daß eine wesentliche innere Verbindung zwischen beiden Anträgen besteht. Ich bitte die Majorität, von ihrer Gewalt keinen Gebrauch zu machen, sondern in diesem

zweifelhaften Fall die Minorität zu schützen. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Abg. Franke (n.-l.): Die Geschäftsordnung soll weder zu Gunsten der Minorität, noch zu Gunsten der Majorität ausgelegt werden. Ich halte es nicht für thöricht, eine neue Verfassungsänderung an einen im Fluß befindlichen Gesetzentwurf anzuhängen. Die Herren mögen den Antrag in selbständiger Form einbringen.

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Es handelt sich nur darum, durch dieses Mandat der Majoritätsparteien eine Verlegenheit zu bereiten. Ich glaube nicht, daß Herr Richter als Vertreter einer Majorität anders verfahren würde, als wir heute.

Abg. v. Beldt (freiconf.): Ich bedauere, daß wir den Wünschen der Herren nach der Geschäftsordnung nicht entsprechen können. Ich glaube, der Antrag würde abgelehnt werden; wir würden aber doch einmal Gelegenheit haben, Kritik zu üben an einem positiven Vorschlag der Herren, was uns selten zu Theil wird.

Abg. Windthorst: Ich appellire nicht an die Barmherzigkeit der Majorität, das wäre vergeblich. Denn ihr Argument ist ja nur: Wir haben die Majorität, wir stimmen Euch nieder! Ich halte den Antrag für zulässig. Im Reichstag ist die Sache für zweifelhaft erklärt worden. (Widerspruch rechts.) Man will die Verfassungsänderung möglichst schnell durchsetzen und die Frage der geheimen Abstimmung nicht discutiren. Die Wahl muß um so mehr Freiheit haben, als das Mandat bedeutsamer wird. Das ist ein durchaus logischer Zusammenhang.

Abg. Reichensperger (Centr.) hält es für garnicht zweifelhaft, daß ein wesentlicher Zusammenhang zwischen dem Antrage auf Verlängerung der Legislaturperiode und dem Antrage auf geheime Wahl bestehe.

Abg. Frhr. v. Minnigrode (conf.) hält der Minorität vor, daß sie, die doch den Gehalt der Geschäftsordnung am nöthigsten habe, dieselbe hier durchbrechen wolle.

Abg. Meyer-Breslau (frei.): Zunächst will ich mit aller Entschiedenheit feststellen, daß man im Reichstag die Handhabung der Geschäftsordnung in diesem Punkte für zweifelhaft erklärt hat. Herr v. Kardorff, der das Thema anschnitt, ließ sogar mit einiger Schärfe an, ob unser Antrag zulässig sei. Herr v. Bennigsen war noch ganz entschieden in Zweifel über die Zulässigkeit. Demnach! aber haben sich die Herren Muth zu gesprochen und sind zu dem Resultat gekommen, uns niederzustimmen. Sie sind heute in der glücklichen Lage, daß sie von vornherein in der muthigen Stimmung sind. (Heiterkeit.) Herr v. Rauchhaupt hat ein hübsches Wort gesprochen: Wenn wir (die Freisinnigen) in der Majorität wären, so würden wir die Geschäftsordnung noch schlimmer handhaben. Dieser Comparativ „noch schlimmer“ ist sehr schön, denn er deutet einen Positiv „schlimm“ an, und mehr als das Wort „schlimm“ hat Ihnen der Abg. Windthorst noch nicht einmal zugemutet. (Heiterkeit.) Der wesentliche Zusammenhang liegt beiden Anträgen beruht auf der Frage, wie stark soll das verfassungsmäßige Recht sein, das dem einzelnen Wähler in Bezug auf die Constatirung der Landesvertretung zugestanden wird. Die Stärke dieses Rechts bestimmt sich zum Theil nach der Frist, die zwischen der jedesmaligen Ausübung desselben verstreichen muß, und zum Theil nach den Formen, in welchen er von diesem Recht Gebrauch macht; und niemand wird bestreiten, daß wir in der Lage sind, die Abstimmung über den einen Vorschlag abhängig zu machen von der Abstimmung über den anderen. Damit erledigt sich das Bedenken, daß wir mit einer Verfassungsänderung kommen, wir wollen nur die Schäden, die Sie an der Verfassung anrichten, auf frischer That repariren. (Bravo! links.)

Abg. v. Cunn (nat.-lib.): Der Abg. Bennigsen war durchaus nicht im Zweifel über die Anwendung der Geschäftsordnung, sondern er constatirte nur den Zweifel, der im Hause darüber bestand.

Abg. Windthorst: Es ist durchaus nicht dasselbe, ob wir beide Anträge getrennt oder zusammen behandeln; denn in dem ersten Falle kann die Regierung den einen Antrag annehmen, im letzteren dagegen muß sie beide zusammen annehmen oder ablehnen. Daß die Sache zweifelhaft ist, hat ja auch Hr. v. Bennigsen im Reichstage anerkannt.

Abg. Enneccerus (nat.-lib.) bestreitet, daß Herr v. Bennigsen irgendwie die Möglichkeit der Verbindung beider Anträge zugegeben haben könnte. Trotzdem ich die geheime Wahl der öffentlichen Vorzüge, meine ich doch, daß die Discussion des Antrages hier unzulässig ist. Abg. Richter: Es ist mir der schwere Vorwurf gemacht, daß ich die Worte des Präsidenten verdreht habe. Was hat er denn gesagt? Er hatte sich in dieser Frage nicht für ermächtigt, eigenmächtig zu entscheiden, er appellirt an das Haus und erklärt, würde die Sache so liegen, daß sie vollständig zweifellos wäre, so halte er es für seine Pflicht, zu entscheiden, ohne das Haus zu fragen. In diesem Falle sei aber ein Zweifel zulässig, er müsse zugeben, daß der Paragraph anders gedeutet werden könne. Hat der Präsident das gesagt oder nicht? (Auf rufen: Nein!) Dann wüßte ich schlechterdings nicht, weshalb er die Entscheidung des Hauses verlangt hat. Außerdem ist ja das Stenogramm da. Genau so machen die Herren das mit der Rede des Herrn v. Bennigsen; Hr. Enneccerus scheint doch nicht richtig gelesen zu haben. Hr. v. Bennigsen hat gesagt: „Das nur halte ich behauptet und deshalb gesagt, daß nach dem Inhalte unserer Geschäftsordnung es nicht zulässig, mindestens im höchsten Grade zweifelhaft erscheint.“ (Hört! hört!) Also auch Hr. v. Bennigsen hat den Zweifel zugeben müssen.

Die Discussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Enneccerus, es sei ein großer Unterschied zwischen der Erklärung, ob ein Antrag zulässig sei, und der Erklärung, der Antrag sei unzulässig, zum mindesten sei er sehr zweifelhaft. (Schallendes Gelächter links.)

Auf den Antrag des Abg. Meyer-Breslau wird über die Geschäftsordnungsfrage namentlich abgestimmt. Das Haus entscheidet sich mit 223 gegen 112 Stimmen dafür, den freisinnigen Antrag nicht mit zur Discussion zu stellen. Dafür stimmen die Freisinnigen, das Centrum und die Polen, dagegen die Conservativen und National-liberalen.

Das Haus tritt nun in die Berathung des Antrags v. Benda. Bei § 1 weist

Abg. v. Gartiniski (Pole) darauf hin, daß bei den Wahlen die Beeinflussung durch die Beamten eine sehr bedeutende sei. In den polnischen Landestheilen gingen unberechtigte Eingriffe in die Wahlfreiheit aber auch von Privatsleuten aus. Weil wir diese Uebelstände nicht verfahren wollen durch eine Verlängerung der Wahlperiode, werden wir gegen den Antrag stimmen.

Abg. Hansen (freiconf.): Es handelt sich nur um eine Zweitmehrheitsfrage. Die Aufregung, welche darüber entstanden ist, ist künstlich gemacht worden.

Abg. Windthorst: Im Reichstage konnte man sich für den Antrag darauf berufen, daß die Regierung selbst einmal die Verlängerung der Legislaturperiode beantragt habe. Hier ist das niemals der Fall gewesen. Ich kann die Herren National-liberalen jetzt nicht mehr als Liberale bezeichnen, sondern nur als Pseudo-conservative. (Heiterkeit.) Es hat ja des Eingreifens des national-liberalen Generalfeldmarschalls v. Bennigsen bedurft, um die Herren für diesen Antrag zu gewinnen; sie wollten eigentlich nicht recht heran, aber das Cartell, welches ja nur für den Reichstag abgeschlossen ist, wirkt auch hier zurück. Ich verstehe es nicht, wie man so leicht die Wähler durch die Verfassung gegebenen Garantien bestärken kann; denn daß eine Minderheit der Volksrechte hier vorliegt, kann doch gewiß niemand in Abrede stellen. Uebermäßige Agitation darf man uns wahrlich nicht vorhalten. Gerade Berlin ist eine der Hochschulen der Agitation, und gerade derjenige ist einer der Hauptagitatoren, der sich erlaubt, uns neulich im Reichstag eine Vorlesung über die Agitation zu halten. Die Annahme des Antrages wird das Ansehen des Parlaments nicht erhöhen, sondern eher abschwächen. Auch den Conservativen wird der Antrag nicht zum Segen gereichen; denn wer weiß, ob sie in derselben Stärke wieder hierherkommen.

Ueberlegen Sie sich die Sache nochmals, ehe es zu spät ist. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Es kann uns nicht gleichgültig sein, daß wir unberechtigt angegriffen werden, daß Hr. v. Ghortemer-Alst uns Vermindeung der Volksrechte, Hr. Lieber uns Verletzung des Verfassungsrechtes vorwerfen. Ich glaube, den conservativen Herren im Centrum wird unser Antrag nicht so unangenehm sein wie Herrn Lieber, der ja seine demokratischen Neigungen offen bekundet hat. — Wer die Wahlagitation miterlebt hat, kann das viele Wählen nicht als einen Segen betrachten. (Abg. Meyer-Breslau: Aber alle 5 Jahre ist es ein Segen. Heiterkeit.) Wenn Hr. Lieber das Material verfolgt hätte, namentlich was Herr Stöcker vorgelesen hat (Bewegung links), dann könnten Sie einen solchen Standpunkt nicht vertreten. Hr. Lieber sollte doch aus den Flugblättern der conservativen Centralleitung nachweisen, daß wir wahre Organe geüßert hätten. Wir haben uns stets in den Schranken des politischen Anstandes gehalten. (Cebrhafter Widerspruch.) Sie haben kein richtiges Verständnis für das, was das Volk will. Die Leute wollen vom Fortschritt nichts mehr wissen, deshalb betheiligen sie sich bei den Wahlen nicht und verlangen auch keine geheime Stimmenabgabe. Wer für die geheime Wahl stimmt, der kann sich nicht hier hinstellen und sagen: Die Abstimmung für die Verlängerung der Legislaturperiode sei eine Verletzung des Verfassungsrechtes. Wenn die großen Anforderungen, welche die militärischen Rüstungen in Anspruch nehmen, erfüllt werden können, so liegt das nur daran, daß die nationalen Parteien dem Reiche die Mittel gewährt haben, um solche Ausgaben zu decken. Gegen die Steuervorlage hat Hr. Lieber und Hr. Richter gestimmt; Sie dürfen daher nicht dagegen auftreten, daß dies jetzt hier hervorgehoben wird. Wir glauben im Interesse des Volkes zu handeln, wenn wir die Wahlen einschränken. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Hr. v. Rauchhaupt meinte, nur um Zeit zu gewinnen, seine Ausführungen zu widerlegen, hätten wir den Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht. Diese Deduction war ganz würdig alles Uebrigen, was er sonst sagte. Um seine Ausführungen zu widerlegen, brauchen wir weder heute noch sonst Zeit. Herr v. Rauchhaupt sieht ein Wahlmandat in unserem Antrag auf geheime Abstimmung. Wenn es der Fall ist, daß wirklich die Wähler so sehr eingefernd sind mit der öffentlichen Abstimmung, dann kann Ihnen ja unser Antrag nur nützen; denn wir würden ja mit dem Antrag das Mißfallen der Wähler erregen. Die Sache liegt anders. Es giebt große Volksklagen, die nichts feinerlicher wünschen, als daß sie nicht unter Controle bei der Abstimmung gestellt werden. Wenn ich vom System Puthamer gesprochen habe, so war hierzu guter Grund; denn zu keiner Zeit sind in Preußen so die Wahlbeeinflussungen getrieben, wie unter dem Regime Puthamer. Der Minister des Innern hat mit voller Klarheit gesagt, als wir ihm entgegenhielten sein Verhalten den Beamten gegenüber bei den Wahlen: „auf Belohnung haben die Leute nicht zu rechnen, die auf Seite unserer Gegner stehen.“ Bei dem Reichstag ist lebhafteste Wohltheiligung gewesen, bei den Abgeordnetenhauswahlen nicht, nur wegen der öffentlichen Abstimmung. Alle abhängigen Wähler fürchten leider Nachteile von ihrer Abstimmung. Nun sagt Herr v. Rauchhaupt, wir hätten im Reichstag die Mittel verweigert, die nothwendig waren, und jetzt wollten wir uns an die gebotene Tafel setzen. Das sieht so aus, als wenn Herr v. Rauchhaupt und Genossen die Tafel bedekten. (Sehr richtig! links.) als wenn Sie allein die Steuern aufbrächten. (Heiterkeit.) Daß Sie so thun, das ist naiv. Auch wir waren bereit, die Mittel zu gewähren für die Verklärung des Meeres. Darum brauchen wir aber nicht gerade diese verderbliche Schnapssteuer. (Sehr richtig! links.) Herr v. Rauchhaupt ist nun wieder auf die Aufregung bei den Wahlen gekommen. Es war nicht sehr vorsichtig, nach den Verhandlungen im Reichstag wieder auf seinen Freund Stöcker sich zu berufen. Händel hat Stöcker schon die verdiente Antwort im Reichstag gegeben. Wir dachten, Sie wären froh, daß es mit dieser einen Discussion zu Ende wäre; wenn Sie sich auf Herrn Stöcker berufen in Bezug auf die Wahl-agitation und deren heftigen Charakter, dann scheinen Sie wirklich sehr unschuldig zu sein. (Heiterkeit) und nichts gelesen zu haben, was in den letzten Jahren passirt ist. Ich habe hier eine ganze Bibliothek von Stöckerschriften von 1880 ab, die mir Jemand heute Morgen geschickt hat, der frapirt war, den Namen Stöckers an der Spitze derjenigen zu finden, die sich über die Wahlagitation beklagen. (Heiterkeit), ihn als Prebiger der Sanftmuth und Liebe auftreten zu sehen. (Heiterkeit), der uns ins Gewissen redet, daß wir die Bevölkerung aufheben. Ich erkläre mich bereit, Ihnen Material zu geben, soviel Sie wollen. Ich stelle auch zur Verfügung das Manifest vom 11. und 12. September 1882 in Dresden, das die bekannten Stöckerschen Thesen enthält, wo es heißt: „Die gegenwärtige Stellung der Juden ist für alle Culturvölker eine Gefahr. (Sehr wahr! rechts), für manche Völker schon jetzt der Grund des geistigen und materiellen Verderbens.“ (Sehr richtig! rechts). Das wußte ich ja, daß Ihnen das gefällt. Das ist auch wieder so ein Bruchstücken der Toleranz und Liebe. Wie wunderbar, daß Sie unter solchen Aeußerungen nichts verstehen als selbstverständliche staatsverhaltende Ideen — und wenn man das bekämpft und es mit dem rechten Namen belegt, dann sagen Sie, man verheße die Klassen gegeneinander. In der 6. These Stöckers für den internationalen Antisemitencongress sind noch mehr Angriffe gegen das Judenthum, den Vertreter der neuen Weltmacht, welches an der Pflge der Revolutionsgedanken besonders theilnimmt u. s. w. In einem Wahlflugblatt für Stöcker im 2. Berliner Wahlkreis heißt es: „Verlaßt die Partei des Hasses und der Unwahrheit. (Sehr wahr! rechts), der Brüdler und der Ausdauer (Heiterkeit) und kommt zu denen, die in der wahren Liebe zum Vaterlande, in der Verehrung alles Großen, Großen und Eblen, in der Vertheidigung des Geistes und Rechtes die wahre Freiheit finden.“ Dieses sind nämlich die Conservativen mit Stöcker an der Spitze (Heiterkeit links), und wir sind die Partei des Hasses und der Unwahrheit, der Brüdler und der Ausdauer! Das ist alles Liebe und Toleranz. (Heiterkeit links.) Ich könnte Ihnen hier noch Massen von Material vortragen. Im „Illustrirten Arbeiterfreund, Wochenblatt zur Unterhaltung und Belehrung in Rußland“ — ein Blatt, welches von den Potenzen des Westens zur Aufklärung der Arbeiter gegründet ist — wurde vor den letzten Abgeordnetenwahlen mitgetheilt, daß der Cobdenclub in England große Summen nach Deutschland schickt, die in die freisinnige Centralwahlkassen gingen, und einzelne Parteimitglieder würden dadurch unterstützt, daß sie selbstverständlich aus Ueberzeugung für den Freihandel, der im Interesse Englands liegt, wirken. Schön sei das nicht. Wollen Sie noch mehr? Daß man in solcher jammervollen und gemeinen Weise uns verläßt. (Ohel rechts.) Also auch dafür haben Sie (rechts) nicht mehr Gefühl. Nennen Sie das anständig, daß man solchen Vorwurf macht, der eine Eüge ist? Daß man mit solchen gemeinen und jämmerlichen Mitteln gegen meine Partei vorgeht, scheint Ihnen das anständig und zulässig? Da kommt Herr Stöcker, ringt die Hände und ruft zum Himmel, daß unsere Partei so gehehrt und agitiert habe. Da hört sich doch verschiedenes auf. (Lachen rechts.) Auf Herrn Bamberger, der sich hier nicht vertheidigen kann, haben Sie weidlich herumeritten, weil Sie sonst keine Argumente hatten. Keiner, der Herrn Bamberger citirt hat, hat es der Mühe Werth gehalten, genau die Broschüre zu lesen. Er hat sich in derselben nur conditionell ausgesprochen und gesagt: „wenn einmal die bessere Hand an die Verfassung gelegt wird, dann bin ich für Verlängerung der Legislaturperiode.“ Aber er hat erklärt: Ich müßte ja verdrückt sein, wenn ich es jetzt thun wollte. Bamberger war 20 Jahre außerhalb des Vaterlandes gewesen, und die Gründung des deutschen Bundes hat diesen Mann aus Patriotismus wieder in die Heimath getrieben, und Sie wissen auch, daß er in den ersten Jahren in Elsaß herangezogen ist. Deutschland

wieder einheitlich zu machen. Bamberger, der, Süddeutscher von Geburt, keine Ahnung hatte von der Polizeiwirtschaft und dem Junkerthum in Preußen (Lachen rechts), kam mit anderen Ideen nach Deutschland, mit den Ideen der englischen Verfassung. Da ist es verzeihlich, daß er damals, wo er unsere inneren Zustände nicht genau kannte, für zulässig hielt, was die Engländer haben; heute hat er sich davon überzeugt, daß davon keine Rede sein kann. Es ist mir sehr übel genommen, daß ich meine Nachbarn gewarnt, sie möchten sich nicht ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie jetzt den Conservativen die Möglichkeit geben, eine Majorität zu erwerben. Ich habe auf die Versammlungen in Hannover hingewiesen. Wer die Reden der Herren v. Rauchhaupt und Grimm von Hannover durchliest und dann noch den Muth hat zu sagen, wie Herr v. Rauchhaupt, es wäre eine Legende, daß der Feldzug gegen die National-liberalen gerichtet wäre (Abg. v. Rauchhaupt: Das sage ich jetzt noch), dem traue ich allerdings mehr zu, wie ich zu leisten im Stande bin. Es war damals auf die rein conservative Majorität abgesehen. Ich habe gestern bereits den Schluß der Rede des Herrn Grimm vorgelesen. Die National-liberalen wurden damals mit Spott und Hohn von Herrn v. Rauchhaupt und Grimm überschüttet. Lesen Sie doch diese Reden. Hier sind sie. Hr. v. Rauchhaupt gab den National-liberalen ausdrücklich den Rath, conservativ zu wählen. Er fügte hinzu, ein conservatives Abgeordnetenhaus würde nicht bloß conservative Politik in Preußen machen, sondern sich widerstandsfähig machen auch gegen eine deutsche Politik, wenn sie ihrem Sinne oder ihrem Willen entgegensteht. Hr. Stöcker hat 1886 die Rolle, die den National-liberalen in diesem Kampfe zufällt, entkült; es wäre ihre Aufgabe, die Freisinnigen zu schwächen, sie hätten also den Conservativen die Wege zu ebnen. Gelingt der Plan, dann haben Sie (die National-liberalen) mit uns fünf schwere Jahre zu kämpfen. Wir sind dazu bereit, wir glauben auch, daß die conservative Herrlichkeit dann in fünf Jahren endlich ein Ende nimmt. (Cebrhafter Beifall links.)

Abg. Tramm (nat.-lib.): Der Vorredner hat nichts zur Sache gesprochen: er scheint also durch die guten Gründe, die für den Antrag angeführt sind, der Gegenstände völlig beraubt zu sein. (Lachen links.) Ich möchte ihm doch anheimgeben, die Erregung einer solchen antinationalen Debatte hier zu unterlassen und lieber in Berliner Wahlversammlungen so etwas zu besprechen. Ich vermute, Hr. Stöcker wird Veranlassung nehmen, ihm energisch und scharf zu antworten. Durch nichts ist bewiesen, daß das Cartell mit diesem Antrag etwas zu thun hat. Das Cartell sollte nur nationale Wahlen schaffen, und es wird allerdings auch sonst noch seine Wirkung üben. Hier ist nur insofern eine Ueberstimmung der Cartellparteien, als der Antrag sich gegen die Oppositionsparteien richtet. Volksrechte werden dadurch nicht beschränkt, sondern nur Zweckmäßigkeitsgründe sind maßgebend gewesen. Wir erwarten von dem Antrag gerade eine Stärkung des Parlaments. Wir glauben auch nicht, daß die Wähler durch 5jährige Legislaturperioden ihr Interesse an den Wahlen verlieren werden. Ob für die Krone diese Verfassungsänderung ein Vortheil ist, das ist noch die Frage; durch die Stärkung des Parlaments könnte eher noch die Krone geschwächt werden (Abg. Meyer: Dann werden wir im Interesse der Krone dagegen stimmen). Aber wenn auch die Krone gefährdet wird, so sehe ich nichts Bedenkliches darin gegenüber den im Innern wühlenden Elementen und den Gefahren von außen her. (Zustimmung rechts.) Wenn auf Grund des Cartells noch andere ähnlich gegensätzliche Anträge wie dieser erfolgen sollten, so würde ich das mit außerordentlicher Freude begrüßen (Ahal links.) Hr. Richter hat es so dargelegt, als ob die National-liberalen mit dem Antrage ihr eigenes Grab graben, und dabei auf Hannover hingewiesen. Wenn er die Verhältnisse kennen würde, so würde er seinen Irrthum einsehen. Wir haben 20 Jahre lang schwer gegen das Wesenthum kämpfen müssen, und dieser Kampf wurde uns noch erschwert durch die Gründung der conservativen Partei in Hannover. Hr. v. Rauchhaupt hielt es schließlich für nöthig, diese Conservativen zu sammeln, damit sie nicht dem Wesenthum in die Hände trieben. Das war ein vernünftiges Urtheil über die dortigen Conservativen, und nachdem Hr. v. Rauchhaupt dies Urtheil gesprochen hat, nehme ich an, daß das einen guten Erfolg haben wird, und die conservative Partei ihre Kraft darin sehen wird, gegenüber dem Wesenthum mit uns gemeinschaftliche Sache zu machen. Dafür sage ich Herrn v. Rauchhaupt meinen Dank. Wenn jemand sich am Liberalismus veründigt hat, so war es die Fortschrittspartei. Das deutsche Volk will keine Partei, welche jezt dem großen leitenden Staatsmann, der so vorzüglich die Geschichte Deutschlands und Preußens leitet, nichts weiter entgegenstellt als ein beständiges Nein. Es verlangt von einer liberalen Partei (Abg. Richter: neue Steuern), daß sie productiv mitwirkt an derjenigen Gesetzgebung, welche im gegebenen Moment für das Volk wohlthätig ist. (Cebrhafter Beifall rechts; Abg. Birkow: Es ist doch recht eigenhümlich, daß von national-liberaler Seite kein Beifallszeichen ertönt.)

Abg. Lieber (Centr.): Eine Volksvertretung hat nicht das Recht, ohne jede Anregung von außen, ohne jede Aufforderung von der Regierung eine derartige Verfassungsänderung vorzunehmen. Der Antrag bezweckt allerdings eine Einschränkung der Volksrechte zu Gunsten einer Erweiterung der Regierungsmacht. Auch ich bin kein Neuling auf dem politischen Gebiete und kenne auch das politische Leben in Berlin; ich bin darüber nicht im Zweifel, daß die Verschärfung des Partekampfes hier wesentlich ein Verdienst des Herrn Stöcker ist.

Abg. v. Beldt-Neukirch (freiconf.): Es ist ein verfassungsmäßiges Recht dieses Hauses, die dreijährigen Legislaturperioden, die ein Danaergeschenk für das Volk geworden, wieder zu beseitigen. Die fünfjährige Legislaturperiode wird die Leistungsfähigkeit der Volksvertretung wesentlich steigern und damit auch das Ansehen derselben erhöhen.

§ 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 126 Stimmen angenommen; dagegen stimmen die Freisinnigen, das Centrum und die Polen. § 2 gelangt ohne Discussion zur Annahme.

Nächste Sitzung: Montag.

Deutschland.

* Berlin, 12. Febr. Die patriotische Rundgebung, die sich fast jeden Mittag vor den kaiserlichen Palais vollzieht, nahm heute einen ganz besonders erhebenden und großartigen Charakter an. Lange vor der Mittagsstunde war, der „Nat.-Ztg.“ zufolge, der Platz vor dem kaiserlichen Palais von ungezählten Schaaren dicht gefüllt, immer neue Menschenmassen kamen heran; das Gedränge war geradezu lebensgefährlich geworden. Da ertönte Trommelwirbel und Pfeifenklang; strammen Schritts rückten die Gardefürstiere, welche heute die Schloßwache stellten, heran. Jetzt fiel die Musik ein, das Publikum, unter dem sich heute viele Fremde befanden, stand auf den Beinen, reichte die Hände. Da, ein unbefriediglicher Jubel: der Kaiser war an das Fenster getreten, freundlich und ernst schaute er auf die Menschenmassen, welche die Hüte schwenkten und in die stürmischsten Hochrufe ausbrachen. Einen Augenblick blieb der Kaiser allein am Fenster stehen, dann wurden die Vorhänge fortgenommen und die Kaiserin auf ihrem Koffstuhl an das Fenster gefahren. Wenn die Hochrufe an der einen Stelle zu ertönen schienen, dann brachen sie an der anderen mit elementarer Gewalt wieder hervor. Lange und unverwandten Auges schauten die Majestäten auf die Schaaren; die Fürstiere waren vorübergefliegt, der Kaiser und die Kaiserin zogen sich, nachdem sie wiederholt für die ihnen dargebrachten Ovationen auf das feinstlichste und herzlichste gedankt, zurück. Plötzlich fing Einer aus dem

Masken haben Zutritt.

Sonnabend, den 18. Februar ex.,
Unwiderruflich letzter Jahrsfeier

Maskenball.

Prämierung der 3 schönsten
Damen-Character-Masken.

Für die liebevolle Theilnahme bei dem Begräbniß des verstorbenen Kaufmanns Julius Hennings, sowie für die reiche Blumenstende und die trostreiche Grabrede des Herrn Pfarrers Koppe sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank. 7315

Die trauernden Hinterbliebenen.

Güter und industrielle Establishments zu jetzigen Preisen
weiss nach

Emil Salomon,
Commissionsgeschäft für Grundbesitz Danzig, Ankerstrasse 18-17

Druck und Verleg
von A. B. Hofmann in Gericke.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 16919 der Danziger Zeitung.

Montag, 13. Februar 1888.

Weichsel-Nogat-Regulierungs-Vorlage.

Die in der Thronrede angekündigte Vorlage über die neue Weichsel-Ausmündung bei Giedlersfähre und Regulirung der unteren Weichsel und Nogat ist am Sonnabend beim Abgeordnetenhaus eingegeben. Der Wortlaut des Gesetzentwurfs ist schon gestern telegraphisch von uns mitgeteilt, ebenso ein Auszug aus der „Begründung“ desselben. Bei der Wichtigkeit der Sache lassen wir nun noch den Wortlaut der Motive hier folgen. Sie lauten:

Die schwierige Frage der Weichsel- und Nogat-Regulirung, auf welche der Gesetzentwurf sich bezieht, hat eine sehr lange Vorgeschichte. Sie hat die Staats-Regierung geraume Zeit beschäftigt, der Tagespresse und Brochürenliteratur reichlichen Stoff geboten und auch den beiden Häusern des Landtages Gelegenheit zu eingehenden Erörterungen gegeben. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 24. März 1887 bezeichnet in seinen Erwägungsgründen die Regulirung der Weichselmündungen als eine staatliche Aufgabe im eminentesten Sinne. Auch damit ist die hohe Wichtigkeit der Gesetzentwurf gekennzeichnet. In den Häusern des Landtages ist der Gegenstand theils durch gelegentliche, an die Staatsberatungen angeschlossene Anfragen, theils durch zahlreiche und periodisch wiederholte Petitionen aus den Weichsel-Nogat-Niederungen zur Sprache gebracht.

Von den Verhandlungen über diese Petitionen sind besonders hervorzuheben:

- a. der Bericht der vereinigten Commissionen für Petitionen und für Agrarverhältnisse über die Petitionen von Einwohnern und Deichverbänden der Weichselniederungen, betreffend die Prüfung eines auf die Schließung der Nebenarme der Weichsel und die directe Leitung der letzteren in die Ostsee gerichteten Projects, vom 17. Dezember 1872 (Aktenstück Nr. 76) und das Protokoll über die 26. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Januar 1873 (Seite 566 der stenographischen Berichte),
- b. der mündliche Bericht der Commission für Handels- und Gewerbeangelegenheiten und die Verhandlung darüber in der 7. Sitzung des Herrenhauses vom 22. Januar 1883 (Seite 81 der stenographischen Berichte),
- c. der 4. Bericht der Commission für die Agrarverhältnisse über Petitionen vom 11. März 1887 (Aktenstück Nr. 85) und das Protokoll über die 32. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. März 1887 (Seite 672 der stenographischen Berichte).

In den vorbezeichneten Aktenstücken und Verhandlungen sind die gefährdrohenden Zustände der Weichsel und Nogat, die zu ihrer Abhilfe beantragten Maßnahmen und bearbeiteten Regulierungsprojecte nach allen Richtungen so eingehend erörtert, daß es zur Vermeidung ausführlicher Wiederholungen der in den Häusern des Landtages bereits genügend bekannten Vorgänge und Erörterungen genügt, die Einleitung dieser Vorlage auf

einen kurzen Rückblick über die bisherige Behandlung des Gegenstandes zu beschränken.

Nachdem durch die unter a erwähnten, der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesenen Petitionen die Aufgaben gestellt worden: „die von den Petenten behufs einheitlicher Regulirung der Weichsel beantragten Maßnahmen einer technischen Prüfung zu unterwerfen“, wurde mit den für die Lösung der Aufgabe erforderlichen, ebenso weitreichenden als zeitraubenden Vorarbeiten vorgegangen und ein Regulierungsproject bearbeitet, welches bei aller der Bearbeitung gewidmeten Beschleunigung erst unter dem 15. März 1877 fertiggestellt werden konnte und aus dem Alsen-Fahl'schen Haupterläuterungsberichte dieses Datums bekannt ist.

In dieser Bearbeitung sind zwei Projecte ins Auge gefaßt:

- I. Die Weichsel als einheitlichen Strom unter Verschließung der drei Seitenarme auf dem kürzesten Wege vermittelt Durchstechung der Nehrung unterhalb des Danziger Haupts in die Ostsee zu führen.
- II. Unter Beibehaltung der Nogat beide Stromläufe, nämlich die getheilte Weichsel und die Nogat, so zu reguliren, daß die Gefahren des Einganges möglichst vermindert werden.

Bei der Anhörung der beteiligten Niederungsbewohner fand das sogenannte große Project I. eine sehr beifällige, die Opferwilligkeit der Niederungen anregende Theilnahme. Dagegen machte die Kaufmannschaft von Königsberg im Interesse des dortigen Handels gegen das Project geltend, daß die Spülung des Pillauer Tiefs das durchfließende Nogatwasser nicht entbehren könne und die Absperrung der Nogat deshalb nicht erfolgen dürfe. Bei dieser im Kreise der Techniker viel umstrittenen Frage durfte sich die Staatsregierung im Hinblick auf die Bedeutung derselben für die Handelsinteressen der Stadt Königsberg einer eingehenden, wenn auch zeitraubenden Prüfung und Begutachtung durch die hinzuberufenen höheren technischen Instanzen nicht entziehen. Das Gutachten der technischen Baudeputation vom 24. Juli 1880 hielt den gegen die Absperrung der Nogat erhobenen Einwand für begründet und die demnächst zu gleicher Prüfung veranlaßte Akademie des Bauwesens gelangte in ihrem Gutachten vom 28. Mai 1881 zu demselben Resultat. Hiernach trat die Nothwendigkeit ein, die Bearbeitung eines neuen Projects zu veranlassen, welches, an das Alsen-Fahl'sche Project II sich anlehnend, von der Offenhaltung der Nogatabmündung ausging. Zu diesem Zwecke wurden von der Bauabtheilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten zunächst in einer Denkschrift vom 26. April 1883 7 Fundamentalfragen aufgestellt und der Akademie des Bauwesens zur Begutachtung vorgelegt. Es empfahl sich, das hierauf ergangene Gutachten der Akademie vom 7. Juli 1883 in den Niederungen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und die Äußerungen der letzteren über die Grundlage des neuen Projects zu hören. Die erwarteten Äußerungen der Deichverbände fielen im ganzen günstig aus, indessen wurde die Bereitwilligkeit zur antheiligen Uebernahme von Ausführungskosten von der schon bei verschiedenen Gelegenheiten beantragten Herstellung eines Eisbühnes in der Abmündung der Nogat abhängig gemacht. Es ist schon bei den

in den Häusern des Landtages über die Weichselregulirung gepflogenen Verhandlungen erwähnt, daß die in Folge des Einganges des Jahres 1871 an der Abmündung der Nogat aufgestellten Eiswehre, nachdem sie zum großen Theile durch Eisgang bald zerstört worden, als unhaltbar wieder beseitigt worden seien. Da sich der bei dem jetzigen Anlasse verschärft hervorgetretene Wunsch der Nogatadjacenten als eine Lebensfrage für das Zustandekommen der Weichselregulirung kennzeichnete, so ließ sich die Nothwendigkeit nicht abweisen, die Herstellung eines Eisbühnes in der Nogat in das Regulierungsproject aufzunehmen. Im Anschluß an dies Verlangen der Deichverbände möge übrigens nicht unerwähnt bleiben, daß die Staatsregierung schon während der schwebenden Bearbeitung der Regulierungsprojecte bemüht gewesen, die gefährdrohenden Zustände der Weichsel und Nogat zur Hochwasser- und Eisgangszeit durch provisorische Maßnahmen thunlichst zu vermindern.

Zu diesem Zwecke ist, in der Kürze erwähnt:

- a) theils aus etatsmäßigen Mitteln der Strombauverwaltung, theils aus außerordentlich dem landwirthschaftlichen Ministerium bewilligten Fonds auf eine Verstärkung des Gefälles in der Weichsel nächst unterhalb der Nogatabzweigung durch eine Verlängerung des rechtsseitigen Leitdeiches des Dieckeler Kanals, durch Beseitigung des Müsländer Flügeldeiches, Abgrabung der links- und rechtsseitigen hohen Uferländer der Weichsel und Niederlegung der Klossowäer Rümpe Bedacht genommen;
- b) mit großen, insbesondere durch das Extraordinarium des Staatshaushalts pro 1887/88 bewilligten Aufwendungen von Staatsmitteln an der Verbesserung der Weichselausmündung bei Neufähr gearbeitet;
- c) nach einem zwischen der Staatsregierung und den Deichverbänden vereinbarten Theilnahmeverhältnis dahin gestrebt worden, mit in der Zahl verstärkten Eisbrechfahrzeugen das Strombett der Weichsel fröhzeitig für den alleinigen Abgang des Eises durch die Weichsel zu öffnen.

Zu dem Gesetzentwurf bleibt Folgendes zu bemerken:

Zu § 1. Der für die Gesetzentwurf umgearbeitete Regulierungsplan beschränkt sich auf die Regulirung der Weichselmündungen als das nächstliegende Bedürfnis und läßt bis auf das unter Litt. c gedachte, in den jetzigen Plan hineingezogene Eiswehr weitere Anlagen in der Nogat unberührt, von der Annahme ausgehend, daß es sich empfiehlt, die volle Wirkung der erheblichen Eingriffe, welche die Ausführung des Planes in der Regie des mächtigen Stromes im Gefolge hat, abzuwarten und die etwaigen Bedürfnisse einer weiter gehenden Regulirung einer späteren Zeit an der Hand der inzwischen gesammelten Erfahrungen zu überlassen. In dieser Richtung ist der Erweiterungsfähigkeit des Regulierungsplans soweit Raum gelassen, daß der neue Lauf der Weichsel innerhalb und oberhalb des Durchstichs zwischen der beiderseitigen Bedeckung das ganze Wasser der ungetheilten Weichsel aufnehmen und abzuführen im Stande ist. Die unter den Buchstaben a—d aufgeführten Anlagen entsprechen den Wünschen der Deichverbände, wie sie in

den zahlreichen Petitionen des Jahres 1872 dem Hause der Abgeordneten vorgetragen und in dem Commissionsberichte erörtert sind. Für den Durchstich durch die Nehrung empfahl sich nicht eine geradlinige Verlängerung des alten Strombettes bis zur Ostsee, sondern eine wenig nach Osten gekrümmte, vom Dorfe Einlage ausgehende und bis zur See fortgeführte Richtung, welche ungefähr die Grenze zwischen der alten und neuen Binnennehrung hält und mit ihrer bis in die tiefe See durch Molen geschützten Ausmündung, sowie mit dem stärkeren Gefälle eines durch den Durchstich um 8 bis 9 Kilom. abgekürzten Stromlaufs eine Sicherung gegen Versandungen aus der See erwarten läßt.

Die Herstellung eines einheitlichen Laufs der unteren Weichsel bedingt die Absperrung rechtsseitig der Elbinger und linksseitig der Danziger Weichsel nebst den in der Danziger Weichsel für die Schifffahrtsverbindung mit dem Danziger Hafen nothwendigen Schleusenanlagen und für die planmäßige Profilerweiterung des Strombettes die nach der Stromrichtung lediglich auf dem linken Weichselufer ausführbare Zurücklegung der jetzigen Deichlinie im Gebiet des Deichverbandes des Danziger Werbers bis oberhalb der Gemüthler Wachbude aufwärts.

An Stelle der im Jahre 1871 erbauten und an der Abmündung des Dieckeler Kanals aus der Weichsel erfahrungsmäßig unhaltbar befundenen Eiswehre ist die Herstellung eines Eiswehres in Aussicht genommen, welches unterhalb des Dieckeler Kanals bei Rittelsfähre die aus der Weichsel eindringenden Eisbühnen aufzuhalten und von dem Eintritt in den Lauf der Nogat abzuhalten bestimmt ist, ohne der Nogat zugleich den Wasserzufluß für die Haffspülung zu entziehen.

In den für die Ausführung vorgedachter Anlagen aufgestellten Kostenanschlägen sind (wie schon im Wortlaut der einzelnen fünf Punkte telegraphisch gemeldet) berechnet in Summa 20 000 000 Mk.

Bei der überschläglichen Berechnung der Ausführungskosten ist mit möglichst sorgfältiger Beachtung der zur Zeit geltenden Einheitsätze für Arbeitslöhne u. s. w. verfahren, wenn auch Verändlichkeiten nicht völlig ausgeschlossen erscheinen, welche bei einem so großen, in der Ausführung auf eine Reihe von Jahren zu bemessenden und von der Gunst oder Ungunst wechselnder Wasserstände abhängigen Bau eintreten können. Bei der unter c projectirten Zurücklegung der Deiche, beziehungsweise bei Profilerweiterungen durch Abgrabung hoher Außenbeiche (Vorländer) wird der Ankauf von Außenbeichländereien nothwendig werden. Der Werth der erworbenen Ländereien, wie er sich demnächst in Folge der veränderten Nutzbarkeit herausstellen wird, kann aber auf die Anschlagssumme nicht in Anrechnung kommen, weil die Geldmittel zum Ankauf behufs der Ausführbarkeit des Baues verfügbar sein müssen, und erst, soweit sich die erworbenen Ländereien nicht durch Naturalandausgleichungen für Bauzwecke während des Baues verwerthen lassen, demnächst durch den Wiederverkauf der Grundstücke in die Baukasse zurückfließen.

Zu § 2. Die Petition der Deichverbände vom 24. Februar 1887 (in der Einleitung unter c näher bezeichnet) hat das Haus der Abgeordneten veranlaßt, in der Verhandlung vom 24. März 1887 die Frage der

Wenn nun der Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 24. März 1887 in seinen Erwägungen die Staatsbetheiligung mit $\frac{1}{3}$ für zu niedrig und die Betheiligung der Mitinteressenten mit Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit mit $\frac{2}{3}$ für zu hoch betroffen findet, so ist der Durchschnitt einer Betheiligung zu gleichen Theilen nahe gelegt. Daß hierbei die Kräfte der Mitbetheiligten überschätzt werden, ist nicht anzunehmen. Bei der im Jahre 1878 erfolgten ersten Anhörung der Betheiligten über das Alsen-Gahlfische Regulirungsproject hat sich bei dem größten Theile der Mitbetheiligten nach den eingegangenen Berichten eine Bereitwilligkeit zu einer Beifsteuer der

* [Petitionen in Betreff der neuen Weichselbrücke.] Die Budget-Commission des Reichstages hat beschlossen, die Petitionen des landwirthschaftlichen Bauernvereins zu Cenjen (Elbing), des landwirthschaftlichen Vereins zu Rückfort (Kr. Marienburg) und des Lehrers Du-

* [Schwierige Untersuchung.] Im hiesigen Centralgefängniß befindet sich noch immer jene zweifelhafte Persönlichkeit, welche vor einigen Wochen hier unter sehr verdächtigen Umständen in Untersuchungshaft genommen wurde und angebt, Professor der Theologie zu sein, Joseph Eber zu heißen und aus Chicago zu stammen. Ob dies richtig ist oder ob man es mit einem abgefeimten Industrietricter zu thun hat, wird wahrscheinlich die schwierige Aufgabe der schwebenden Untersuchung sein. Bekanntlich fiel es auf, daß Eber, welcher Ende December v. J. hier eintraf, im „Englischen Hause“ logirte und die katholische Geistlichkeit in Danzig sowie in der Umgegend besuchte, um von ihr Gaben zu wohlthätigen Zwecken in Chicago zu sammeln, die ihm auch häufig in zuvorkommendster Weise gewährt wurden, sich Abends in Lokalen bewogte, die nicht im besten Rufe stehen, dort viel Geld verpackte und schließlich mit einer Kellnerin gemeinschaftliche Wohnung nahm. E. wurde bald nach seiner Verhaftung vom Untersuchungsrichter freigelassen, vermuthlich weil es an Beweismitteln für den Verdacht der Unterschlagung der Collectengelder fehlte, aber noch an demselben Tage wieder verhaftet, weil es sich herausstellte, daß er den Untersuchungsrichter wahrscheinlich durch falsche Angaben getäuscht hatte. Da nun E. jede weitere Angabe über seine Persönlichkeit hartnäckig verweigert, so geht die Untersuchung nur langsam von statten. E. ist bereits mehrere Male photographirt worden, und zwar sowohl im Salar, welchen man in seinem Koffer fand, als auch ohne solchen. Die Photographien sollen, wie wir in auswärtigen Blättern lesen, bis in weit entfernte Länder verschickt worden sein. Der Verhaftete hat übrigens

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und pers-
nliche Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Familien- und Literarische:
H. Köhner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und
den übrigen redactionellen Inhalt: A. Wein, — für den Inseratenteil:
A. W. Rosenmann, sämmtlich in Danzig.